



Heimat – Ministerium

Liebe Freundinnen und Freunde des OMNIBUS,

nun also eine Neuauflage der GROKO zwischen CDU/CSU und SPD. Eine mehr oder weniger vage Arbeitsaufgabe zur Volksabstimmung ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Diesen Auftrag werden wir gewiss in dieser Regierungsperiode begleiten, wie auch immer ...

Darauf möchte ich aber gar nicht weiter Bezug nehmen, vielmehr möchte ich einmal den neu entstandenen Heimatbereich im Innenministerium betrachten. Warum der Begriff Heimat jetzt offiziell zum politisch zu bearbeitenden Thema erhoben wird, scheint mir zunächst recht durchsichtig. Parteien versuchen stets der Enttarnung durch die Wahlmensen entgegenzuwirken, die sie nur als Objekte des Machterhalts brauchen. Deshalb werden immer neue Bilder erzeugt, mit der Absicht, seelische Verbindungen aufrechtzuerhalten, die den Eindruck vermitteln sollen: „Wir sind doch ganz nah bei Euch und Euren Sorgen“. Jetzt, wo eine globalisierte Welt mit all ihren Unwägbarkeiten immer näher rückt, ist es ja naheliegend, es mit dem Sehnsuchtsbild nach Geborgenheit zu versuchen: Heimat.

Ist Heimat ein Ort, der mir vertraut ist, der keine plötzlichen Überraschungen bereithält? Ein Zusammenhang, in den ich hineingewachsen bin und der mich durch Gewohnheit stabilisiert? In dem ich nicht alles gut finde, aber weiß, wie es läuft? In dem abrupte Veränderungen unerwünscht sind, da sie mein erworbenes Gleichgewicht stören?

Diese Art Heimat wird es im Äußeren immer weniger geben, denn die Welt gerät zunehmend in Bewegung. Die Weltbevölkerung bewegt sich schon allein deshalb, weil alle Menschen die Sehnsucht nach solchen Orten haben. Sie sind aber immer seltener zu finden. Sei es wegen gewaltsamer Konflikte, wachsender Freiheitsberaubung durch Machtansprüche Einzelner, sei es aus noch nicht verstandenem Zusammenwirken mit der Natur, was die klimatischen Abläufe in zunehmender Weise ändert. Sei es letztlich dadurch, dass meine / unsere Individualisierung zwangsläufig dazu führt, dass ich das Gewordene in Frage stellen muss, um zu mir zu gelangen.

Wir brauchen einen neuen Heimat-Begriff

Ist eine Heimat in mir, ein innerer Ort der Stabilität nicht die Voraussetzung für eine neue gemeinsame Heimat aller Menschen? Gibt es nicht bereits eine gemeinsame Heimat in uns?

Das Phänomen der Sprachen könnte ein Hinweis sein. Warum kann man Sprachen überhaupt übersetzen? Warum erspüre ich, dass eine Übersetzung noch nicht wirklich gelungen ist? Es ist doch schon erstaunlich, dass wir uns in der eigenen Sprache verstehen können. Weist Verstehen nicht auf eine „Heimat“ hin, in der wir alle zu Hause sind, die wir entdecken können, die uns Sicherheit verleiht, aus der heraus wir in gemeinsamer Absprache die Welt gestalten können?

Sind die Begriffe nicht ein allen zur Verfügung stehender Schatz, über die wir uns mittels des Denkens und der Sprache verständigen, die uns Orientierung verleihen, und uns lehren in stimmiger Weise miteinander und mit der Welt umgehen zu können? Mit dieser zweiten „Heimat“ sollten wir uns bewusst vertraut machen, denn sie ist allen Menschen gemeinsam. Dann gelingen in Zukunft auch die Volksabstimmungen.

OMNIBUS Tour 2018

Wir freuen uns auf den OMNIBUS-Start am 14. April auf Schloss Freudenberg in Wiesbaden. Ein Teil der Tour ist bereits festgelegt. Sie finden die einzelnen Stationen auf unserer website omnibus.org

Wie Sie aus dem letzten Brief bereits wissen, werden wir wieder einzelne Volksinitiativen direkt unterstützen. Dies beginnt noch im April mit der VI gegen Fracking und Ölbohrungen in Schleswig Holstein. www.vi-wasser.de

Der OMNIBUS für Direkte Demokratie fährt auf Einladung der Volksinitiative zum Schutz des Wassers vom 25.4. - 29.5.2018 nach Schleswig-Holstein. Wir werden die Volksinitiative im Schlusspurt kräftig unterstützen, damit die erforderlichen 25.000 Unterschriften erreicht werden. MitfahrerInnen sind noch gesucht und herzlich willkommen!

Mit der Volksinitiative soll in Schleswig-Holstein das Grund- und Trinkwasser sowie das Meer vor Schäden durch die besonders risikobehafteten Techniken des Fracking und dem Verpressen von Lagerstättenwasser bei der Erdöl- und Gasförderung geschützt und die Geheimhaltung solcher Anträge und Vorhaben eingeschränkt werden. Schleswig-Holstein soll bundesweit erstmals ein landesweites Fracking-Verbot im Landeswassergesetz festschreiben.

Dazu benötigt man ein Landesgesetz, das Fracking und Wassergefährdung verhindert – das Bundesgesetz bietet keinen ausreichenden Schutz der Umwelt. Der Landtag in Schleswig-Holstein lehnt ein solches Landesgesetz zum verbesserten Schutz des Wassers bisher jedoch mehrheitlich ab. Das ist auch eine Heimatfrage. Welche Rechtsgemeinschaft soll über das Wasser und den Boden vor Ort bestimmen: Die ganze Welt, Europa, der Bund, oder die Menschen der Region?

Es sind schon über 20.000 Unterschriften gesammelt worden. Wir helfen mit, die noch fehlenden 5.000 Unterschriften zu sammeln, damit diese Initiative erfolgreich wird. Die Unterschriften werden wir gemeinsam am 29.05.2018 um 13 Uhr vor dem in Kiel an den Landtags-präsidenten Klaus Schlie übergeben.

Bitte unterstützen Sie diese OMNIBUS-Tour mit Ihrer Spende. Herzlichen Dank!

Was versteht man unter Fracking?

Hydraulic Fracturing, kurz Fracking (aufreissen) genannt, ist ein Verfahren, mit dem in größeren Tiefen Gesteinsschichten aufgebrochen werden. So entstehen Durchlässigkeiten, die das dort in kleineren Einschlüssen vorhandene Gas oder Öl freisetzen. Dazu werden in die Bohrlöcher hochgiftige Chemikalien mit extremem Druck verpresst, die das feste Gestein zersetzen und so die fossilen Brennstoffe im Umfeld freisetzen. Erst dann kann es in verwertbaren Mengen an die Oberfläche gepumpt werden.

Dies führt zu einer nicht vermeidbaren Verunreinigung des Grund- und teilweise auch des Oberflächenwassers. Es soll in Schleswig-Holstein schon 98 bekannt gewordene Schadensfälle durch diese Art Förderung gegeben haben, bei denen Boden, Wasser und Umwelt vergiftet wurden.

Eine Volksabstimmung über die Volksabstimmung ist unser Ziel

Zum ersten Mal hat die CDU einer Formulierung zur bundesweiten Volksabstimmung im Koalitionsvertrag zugestimmt. Diese Formulierung ist zwar sehr unverbindlich, aber immerhin:

„V. Volksinitiative, Volksbefragung, Volksentscheid

Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.“

Wir werden die Arbeit der Kommission in vielfältiger Weise begleiten und befeuern und werden aufmerksam beobachten und kommentieren, wie sich und wann sich die im Koalitionsvertrag festgeschriebene „Expertenkommission“ zusammensetzt.

Unser eigentliches Ziel ist aber in jedem Fall eine „Volksabstimmung über die Volksabstimmung“. Denn es ist überhaupt nicht sinnvoll, wenn das Abstimmungsrecht von der Politik geradezu in Teilnarkose der Bevölkerung zugewiesen wird. Was wir brauchen ist eine Entscheidung, die durch alle zustande kommt, damit für alle Menschen in Deutschland klar wird, dass das Recht ab jetzt definitiv von allen ausgeht. Dieser Bewußtseinsaugenblick ist von grundsätzlich überragender Bedeutung. Die Verantwortung liegt dann zukünftig wirklich ganz bei uns.

Ich kann mir für die Einführung der Volksabstimmung folgendes Szenario vorstellen: Es gibt einen Vorschlag des Parlaments (als Ergebnis der Expertenkommission), einen durch ein unabhängiges Bürgergutachten (ist zur Zeit in Planung) und einen aus der Zivilgesellschaft (z.B. von Mehr Demokratie und OMNIBUS) und wir entscheiden alle gemeinsam, welchen wir davon einführen wollen.

Bitte unterstützen Sie diese umfangreiche Arbeit mit Ihrer Spende!

Herzgruß

Ihr

Michael von der Lohe
Michael von der Lohe



PS.

Einen Teil der Spenden benötigen wir auch um die Instandhaltung unseres OMNIBUS zu bezahlen.

www.omnibus.org

OMNIBUS gemeinnützige GmbH
für Direkte Demokratie
Im Vogelsang 91
45527 Hattingen

Tel +49 - 02302 9567076
Fax +49 - 02302 9567075
info@omnibus.org
www.omnibus.org

GLS Gemeinschaftsbank, BIC GENODEM1GLS
IBAN DE45430609670080067300
Bank für Sozialwirtschaft, BIC BFSWDE33MUE
IBAN DE61700205000008843000

Geschäftsführer u. Sitz der GmbH:
Michael von der Lohe
Im Vogelsang 91, 45527 Hattingen
HRB 21986 Essen